



Favoriten +

Zeitungsansicht

Drucken

Schliessen



Lokales

Erst geächtet, dann geachtet

INTERVIEW: Der Historiker Dr. Peter Brandt über die Geschichte der Sozialdemokratie auch in Paderborn

Paderborn. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) 1863 durch Ferdinand Lasalle gilt als Geburtsstunde der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Am 10. April kommt auf Einladung der Paderborner SPD der Historiker und Sohn Willy Brandts, Prof. Dr. Peter Brandt, nach Paderborn. Er hat mit dem Politologen Detlef Lehnert im Vorwärtsbuchverlag eine Geschichte der SPD veröffentlicht. Thema seines Vortrages ab 18.30 Uhr im Westfalenkolleg, Fürstenweg 17, ist denn auch die Geschichte der ältestesten politischen Partei in Deutschland. NW-Redakteur Hans-Hermann Igges hatte Gelegenheit, den Historiker schon vorher zu befragen.

Herr Professor Brandt, Sie haben sich intensiv mit der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie befasst. Wer schloss sich eigentlich vor 100 Jahren in einer so tief katholisch geprägten Stadt wie Paderborn der SPD an? Waren es Arbeiter oder eher Freigeister und Intellektuelle?

PROF. DR. PETER BRANDT: Die Sozialdemokratie blieb in Paderborn bis zum Ersten Weltkrieg eine Splitterpartei, und auch in der Weimarer Republik lagen die Wahlergebnisse weit unter dem Reichsdurchschnitt. Doch war sie mit bis zu 16,8 Prozent bei den Kommunalwahlen (so 1929) nun immerhin ein relevanter politischer Faktor. Die strukturelle Benachteiligung der SPD im Paderborner Raum hatte in der Tat in erster Linie mit kulturellen Faktoren zu tun: Der politische Katholizismus in Gestalt der Zentrumspartei vermochte ja das gesamte soziale Spektrum – vom Hochadeligen und Großindustriellen bis zum ungelerten Arbeiter – unter der konfessionellen Fahne zu sammeln, wenn auch, wie die Sozialdemokraten kritisierten, die Arbeiter dort nicht viel zu melden hatten. In zweiter Linie wirkte sich die relativ späte Industrialisierung der Stadt und des Kreises aus, so dass die Unterschicht länger handwerklich bzw. agrarisch geprägt blieb.

Konfession und Sozialstruktur sorgten dafür, dass erst wenige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg, gestützt auf die „freien“, de facto sozialdemokratischen Gewerkschaften, ein fester sozialdemokratischer Ortsverein entstand. Dessen etwa 40 Mitglieder (1911) waren meist Handwerksgelesen und Facharbeiter, wie auch anderswo.

Angehörige der bürgerlichen Intelligenz sollten erst deutlich später innerparteiliches Gewicht erhalten; sie hatten sich allerdings schon in der Revolution von 1848/49 einmal auf der linken Seite des politischen Spektrums in Paderborn hervorgetan.

Warum genügten den Arbeitern auch in katholischen Milieus die katholischen Arbeitervereine nicht?

BRANDT: Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs einschließlich der freien Gewerkschaften hat die besondere Aufgabe, einen Zugang zu den katholischen Arbeitern bzw. „kleinen Leuten“ zu finden, zweifellos unterschätzt. Die innerhalb des Episkopats nicht unumstrittene Gründung der Christlichen Gewerkschaften, die nicht prinzipiell wirtschaftsfriedlich und insofern „echte“ Gewerkschaften waren, bedeutete doch eine gewisse Emanzipation dieses Segments der Arbeiterschaft. Die katholischen Arbeitervereine standen in der Regel unter der Kontrolle von Priestern, deren Ziel es hauptsächlich war, ihre Schafe beieinander und von den „gottlosen“ Sozialdemokraten fern zu halten. Aber auch diese Arbeiter hatten soziale Interessen und diesseitige Erlösungshoffnungen, die artikuliert werden wollten.

Was riskierte man in einer Stadt wie Paderborn, wenn man sich damals zur SPD bekannte?

BRANDT: Man riskierte vor allem eine soziale Ächtung. In einer Stadt wie Berlin, wo schon 1877 fast 40 Prozent und 1912 sage und schreibe gut 75 Prozent der Stimmen für die SPD abgegeben wurden, war eine solche faktisch nicht durchzusetzen, doch bei Ergebnissen um 1 Prozent (wie in Ihrer Stadt) war das anders, und es bedurfte einer großen Überzeugungsstärke durchzuhalten. Auch legale Aktionen wie Flugblattverteilungen waren nicht ungefährlich. Zur soziokulturellen Isolierung im klerikal-katholischen Milieu kam die allgemeine

prekäre Existenz der sozialistischen Arbeiterbewegung des Kaiserreichs, die auch nach dem Ende des Ausnahmegesetzes 1890 unter Repressionsdruck stand und in Preußen, wozu Westfalen gehörte, durch das Dreiklassenwahlrecht stark benachteiligt war.

Sozialdemokraten hatten es in katholischen Milieus eigentlich bis in die siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts sehr schwer. Erst Bundeskanzler Willy Brandt, Ihr Vater, überzeugte auch viele Menschen auf dem Land dann doch. Womit eigentlich?

BRANDT: In der Tat war es für die SPD lange schwer – schwerer als in evangelischen oder gemischt konfessionellen Regionen –, in katholischen Landstrichen, insbesondere in den fest etablierten Milieus, Fuß zu fassen. Eine Rolle bei der Aufweichung der Fronten spielte sicherlich die bewusste Entscheidung der SPD in den späten 50er Jahren für ein neues, konstruktives Verhältnis auch zur Katholischen Kirche. Diese Neuorientierung erfolgte zu einem Zeitpunkt, da die Päpste Johannes XXIII. und Paul VI. die soziale Problematik stärker thematisierten. Das Zweite Vatikanische Konzil signalisierte eine Öffnung zur Welt.

Was den persönlichen Anteil von Willy Brandt betrifft, so denke ich, dass Teile des Kirchenvolks wie auch der Klerus eine Nähe seiner Anliegen mit der christlichen Botschaft empfunden haben – „Compassion“ das „Vaterland der Liebe und Gerechtigkeit“ im Innern, gesicherter Frieden, menschliche Erleichterungen für die Deutschen und „Wandel durch Annäherung“, dann Versöhnung nach außen. Auch verstand er es, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie mit ihren unterschiedlichen Prägungen und inneren Überzeugungen respektiert werden.

Inzwischen ist in Paderborn die SPD längst nicht mehr die einzige ernst zu nehmende Partei jenseits der CDU. Sie konnte hier in den letzten Jahren nicht vom Verlust der absoluten Mehrheit der CDU profitieren. Gehört sie nach einem Jahrhundert schon viel zu sehr zum politischen Inventar, um als wirkliche Alternative zu gelten?

BRANDT: Wenn wir die katastrophale Niederlage der SPD bei der letzten Bundestagswahl als „Ausreißer“ einordnen, so bleibt immer noch das von Ihnen indirekt angesprochene Faktum, dass beide ehemals beherrschenden Volksparteien Manches nicht mehr integrieren können, was sich seit den 70er Jahren an neuen Milieus und Meinungsvielfalt herausgebildet hat. Links der Mitte hat das mit den Grünen begonnen und sich mit der Linkspartei fortgesetzt. (Das Kapitel der Piraten scheint beendet, bevor es richtig begonnen hat.) Rechts der Mitte wird die CDU/CSU mit ihrem gegenwärtigen Kurs ebenfalls zunehmend Mühe haben, die unterschiedlich konservativen Strömungen unter ihrem Dach zu halten. Die Probleme der FDP liegen auf der Hand. Diese Differenzierung der Parteienlandschaft muss weder für das parlamentarische System noch für die beiden immer noch größten Parteien ein Unglück sein, wenn sich – wie in anderen Ländern wiederholt praktiziert – benachbarte Gruppierungen über gemeinsame Projekte verständigen können.

Trotzdem könnte es sein, dass im Herbst Peer Steinbrück Bundeskanzler wird. Je schlimmer sich die Euro-Krise zuspitzt, desto stärker könnten seine Kompetenzen ziehen. Was könnte eine Bundesregierung eigentlich aus der 150-jährigen Geschichte der SPD für ihre Europapolitik lernen?

BRANDT: Bei den „Lehren aus der Geschichte“ muss man ja stets die – unter Umständen grundlegend veränderten – Bedingungen politischen Handelns in Rechnung stellen. Die SPD hat als erste deutsche Partei in ihrem Heidelberger Programm von 1925 die wirtschaftliche und politische Einheit Europas postuliert, was sie übrigens nicht im Gegensatz zur Wertschätzung der deutschen Kulturnation und eines republikanischen Nationalpatriotismus gesehen hat. Heute gilt noch mehr als vor 78 Jahren, dass Europa sich nur in einem engen solidarischen Verbund der als Bausteine zweifellos weiterbestehenden, aber sukzessive Souveränitätsrechte abgebenden Einzelstaaten entwickeln kann. Und zwar nicht nur als Machtfaktor, sondern auch als geographischer Ort eines spezifischen und relativ fortgeschrittenen Zivilisationsmodells, zu dem inzwischen außer der Demokratie auch die Sozialstaatlichkeit untrennbar gehört. Mit der Fortsetzung der gegenwärtigen Austeritätspolitik – das ist wohl gemerkt meine persönliche Meinung – und mit der Fortdauer des Demokratie-Defizits der EU wird indessen der europäische Gedanke in der Wahrnehmung der Völker ruiniert werden.